



Evangelische Kirche
in Deutschland



11.04.2019
061c

Zusammenfassung des Gemeinsamen Wortes „Vertrauen in die Demokratie stärken“

der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) haben am 11. April 2019 ein Gemeinsames Wort mit dem Titel „Vertrauen in die Demokratie stärken“ veröffentlicht. Es steht auf der Grundlage und in der Nachfolge des Gemeinsamen Wortes „Demokratie braucht Tugenden“ aus dem Jahr 2006.

In Deutschland und in anderen europäischen Ländern sind zunehmend politische Stimmungen und Akteure zu beobachten, die etablierte Strukturen angreifen und die gegen demokratische Prozesse und pluralistisch orientierte Konfliktlösungswege einen vermeintlich homogenen Volkswillen beschwören. Diese Vorgehensweise ist mit ihren einfachen Lösungen einerseits zu problematisieren, andererseits zeigt sie, dass es notwendig ist, die ihr zugrunde liegenden Ursachen anzugehen und die demokratische Ordnung angesichts dieser Herausforderungen weiterzuentwickeln.

Intention des Gemeinsamen Wortes

Der Text thematisiert die Gefahr einer Vertrauenskrise der Demokratie in Deutschland und Europa und richtet sich gegen ein Erstarken populistischer sowie anti-demokratischer Kräfte. Ziel des Textes ist es, wahrgenommene Probleme anzusprechen und zugleich deutlich zu machen, dass die Kirchen bereit sind, an Lösungen dieser Herausforderungen mitzuwirken. Das Selbstverständnis der Kirchen, zu dem auch der Auftrag gehört, sich in und für die Gesellschaft zu engagieren, ist der Antrieb für die in dem Gemeinsamen Wort angestellten Überlegungen zum politisch notwendigen Handeln.

Die beiden Kirchen verstehen sich als Teil der demokratischen Gesellschaft. Sie bekennen sich ausdrücklich zu ihrer Mitverantwortung für die Demokratie als politische Lebensform der Freiheit: Engagement aus christlicher Überzeugung stärkt die Demokratie.

In dem Gemeinsamen Wort werden vier signifikante Veränderungen der vergangenen ein bis zwei Jahrzehnte exemplarisch in den Blick genommen:

- die Herausforderungen der Globalisierung und ihre Folgen für Ökonomie und Ökologie,
- das Verhältnis von wirtschaftlicher Ungleichheit und demokratischer Gleichheit,
- die sich aus Migration und Integration ergebenden Aufgaben sowie
- der Wandel vor allem öffentlicher Kommunikation durch die in allen Lebensbereichen zunehmende Digitalisierung.

Im Hinblick auf diese Herausforderungen für den demokratischen Konsens in der Politik und in der Gesellschaft erschließt das Gemeinsame Wort politische Handlungsmöglichkeiten.

Die beiden Kirchen und die Demokratie

Die Kirchen vertreten die Auffassung, dass der demokratische und soziale Rechtsstaat, mithin die freiheitliche Demokratie, zwar keine perfekte Ordnung ist, sich aber im Hinblick auf das Zusammenleben in dieser Welt sowohl theoretisch als auch praktisch als die bestmögliche – weil unter anderem lern- und vor allem kritikfähige – politische Ordnung erwiesen hat. Das haben die Kirchen nicht immer so gesehen. Es hat seine Zeit gebraucht, bis sie den Freiheitsimpuls des Evangeliums auch in seinen politischen Konsequenzen ernst genommen haben. Umso stärker werben die Kirchen heute für das demokratische Engagement.

Die Kirchen erinnern an die Einsicht, dass der demokratische Rechtsstaat davon lebt, dass seine Bürgerinnen und Bürger geschriebene und ungeschriebene Voraussetzungen eines demokratischen Gemeinwesens einhalten – das hat bereits das Vorgängergewort „Demokratie braucht Tugenden“ formuliert. Die Demokratie ist auf ein grundlegendes Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger in demokratische Strukturen, Prozesse und Institutionen angewiesen. In diesem Zusammenhang möchten die Kirchen dazu beitragen, dass dieses Vertrauen (wieder) gestärkt wird. Sie tun dies vor dem besonderen Hintergrund der relevanten Grundlagen des christlichen Glaubens, dass alle Menschen als Geschöpfe Gottes gleich an Würde und Rechten sind, dass Solidarität mit den Schwachen zu üben ist und dass der Mensch nicht auf das Gegebene festzulegen ist, sondern sich weiterentwickeln kann.

Demokratische Sittlichkeit als zentraler Begriff

Ein zentraler Begriff des Gemeinsamen Wortes im Hinblick auf den Aufbau und den Erhalt von Vertrauen ist die „demokratische Sittlichkeit“. Zu den „guten Sitten der Demokratie“ zählen insbesondere Fairness, der Respekt gegenüber dem jeweils anderen, die Anerkennung demokratischer Spielregeln, Mut zur Kontroverse, aber auch Kompromissbereitschaft, die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, die Übernahme individueller Verantwortung, der Schutz von Minderheiten sowie eine Orientierung am Gemeinwohl. Eine wesentliche Voraussetzung von Vertrauen ist, bei allem Trennenden, ein lebendiges Bewusstsein für das Gemeinsame und für wechselseitige Verantwortung in der Gesellschaft. Dazu braucht es

Bildungsprozesse, um die Teilnahme am demokratischen Streit der Meinungen und den Sinn für die Mitgestaltung des Gemeinwesens einzuüben.

Stärkung des Multilateralismus und der Europäischen Union

Globalisierung bedarf der politischen Gestaltung mit einer ordnungsethischen Orientierung als normativer Grundlage. Die Realisierung einer globalen Ordnungspolitik wird dabei nur im Rahmen multilateraler Institutionen und Prozesse möglich sein. Mit Blick auf diese ordnungsethische Orientierung sehen die Kirchen sich mit ihren globalen Netzwerken in einer besonderen Verantwortung. Die christliche Sozialethik und kirchliche Soziallehre verstehen sie seit Langem im Sinne einer globalen Ordnungsethik, deren Fluchtpunkt nicht nur partikulare, nationale Interessen sind, sondern das Gemeinwohl der ganzen Welt ist. Deshalb stehen die Kirchen unmissverständlich für das System eines geordneten Multilateralismus ein.

Dies bezieht sich nicht zuletzt auf die Europäische Union (EU), deren demokratische Legitimation garantiert und verständlich vermittelt werden muss. Mit Sorge betrachten die Kirchen bei den Menschen einen Vertrauensverlust in die EU. Die Idee, dass Europa nicht nur als Union der Staaten oder der Konzerne, sondern als eine Union der Bürgerinnen und Bürger ein Projekt des Friedens, der Solidarität und der Versöhnung ist, muss wieder in den Vordergrund treten und für die Menschen spürbarer werden. Multilaterale Strukturen müssen gestärkt werden, um die Mechanismen der demokratischen Repräsentation an Erfordernisse einer zwischen- und überstaatlichen Zusammenarbeit anzupassen.

Wirtschaftliche (Un-)Gleichheit und demokratische Gleichheit

Die „vorrangige Option für die Armen“ ist für die Kirchen ein sozialetisches Prinzip. Die Schere zwischen „Arm“ und „Reich“ ist nach wie vor groß und die Zugewinne an Wohlstand sind ungleich verteilt. Zwischen wirtschaftlichem Auskommen und politischer Beteiligung besteht ein enger Zusammenhang. Die Demokratie als das System politischer Gleichheit ist auf ein komplementäres System des sozio-ökonomischen Ausgleichs angewiesen, wie es auch der Idee der Sozialen Marktwirtschaft entspricht.

Es geht um die gerechte Teilhabe von mündigen Bürgerinnen und Bürgern im sozio-ökonomischen wie auch im politischen bzw. kulturellen Sinne und unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung. Zur Sicherung von Vertrauen stehen wir in der Pflicht, den sozialen Ausgleich und die umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller nachhaltig zu sichern.

Migration und Integration

Die Legitimität und Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Flüchtlingsschutz und Einwanderung erkennen die Kirchen an. Dazu gehört, auf Grundlage einer entsprechenden demokratischen Willensbildung festzulegen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, dass Menschen sich dauerhaft in Deutschland niederlassen können. Dabei muss klar sein:

Integration ist eine wechselseitige Herausforderung, denn der freiheitliche, demokratische Staat ist auf eine entsprechende Haltung aller Menschen angewiesen. Unabdingbar sind: gleicher Respekt vor jedem Menschen, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Wertschätzung politischer Auseinandersetzung als Mittel der Problemlösung und vieles mehr.

Die Kirchen bekennen sich zu den universalen Menschenrechten und stellen sich gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und ihrer eigenen Kirchengeschichte gilt das in ganz besonderer Weise für jede Form des Antisemitismus und des Antijudaismus sowie für alle anderen Formen der religiösen Diskriminierung und des Rassismus.

Digitaler Wandel

Demokratische Beteiligung ist heute kaum noch ohne die Nutzung digitaler Medien zu denken. Aufgabe des Staates ist es zunächst, die Rahmenbedingungen für den Aufbau einer Infrastruktur bereitzustellen, die Möglichkeiten für digitale Teilhabe zu schaffen sowie Regeln an die Erfordernisse einer zunehmend digitalen Kommunikation anzupassen.

Die Demokratie ist im digitalen Zeitalter auf Medienethik und Medienbildung angewiesen. Im digitalen Bereich sind für den demokratischen Diskurs besonders bedeutsam: die Sorgfaltspflicht im Umgang mit vorgetäuschten Fakten, die kritische Reflexion von starken Wertungen und Emotionalisierungen in der politischen Auseinandersetzung sowie Aufmerksamkeit für das höchst ambivalente Mobilisierungspotential der sozialen Netzwerke.